

Antrag 92/I/2022

Abt. 04/91 Wilmersdorf-Südost (CW)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Schutzstatus für Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine ausweiten

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
2 rung sowie die SPD Bundestagsfraktion werden aufgefor-
3 dert, sich dafür einzusetzen, den vereinfachten Schutzsta-
4 tus gemäß §24 AufenthG auf alle Kriegsgeflüchteten aus
5 der Ukraine und ohne Bezugnahme auf deren Staatsange-
6 hörigkeit zu erteilen.

7
8 Die Laufzeit des Schutzstatus muss auf die gesamte Dau-
9 er der russischen Invasion auf die Ukraine ausgedehnt und
10 bei Fortlaufen des Krieges für alle Schutzbefohlenen auto-
11 matisch verlängert werden.

12

13 Ferner fordern wir:

14

15 • ausnahmslos allen Kriegsgeflohenen aus der Ukrai-
16 ne unbürokratisch einen vereinfachten Aufenthalts-
17 status sowie eine Arbeitserlaubnis für den gesam-
18 ten Zeitraum der russischen Invasion auf die Ukrai-
19 ne zu erteilen.

20 • bei der Klassifizierung von Schutzbefohlenen die
21 Staatsangehörigkeit nicht in die Eruiierung des
22 Schutzstatus mit einzubeziehen sondern allein den
23 faktischen Aufenthalt der Betroffenen vor dem
24 24.Februar 2022 als Kriterium anzusehen.

25

26

27 **Begründung**

28 Deutschland ist es nicht gelungen, eine geordnete An-
29 kunft der Schutzbefohlenen ab dem ersten Tag zu orga-
30 nisieren. Die Organisation der Ankunft der Kriegsgeflüch-
31 teten wurde binnen der ersten zwei Wochen zu wesent-
32 liche Teilen vom bürgerschaftlichen Engagement der Zi-
33 vilgesellschaft getragen. Dies hat zur Folge, dass die Dun-
34 kelziffer der in Deutschland Schutzsuchenden für unsere
35 Behörden nicht zu beziffern ist. Eine aktuell in der Dis-
36 kussion befindliche Differenzierung von Schutzbefohle-
37 nen im Kontext ihrer Staatsangehörigkeit hätte bei ihrer
38 Ausübung zur Folge, dass tausende Menschen aus Dritt-
39 staaten, die gleichsam ihrer Lebensgrundlage durch die
40 russische Invasion auf die Ukraine entrissen wurden, in die
41 Illegalität getrieben werden würden. Denn Menschen aus
42 Drittstaaten, die ihren Lebensmittelpunkt bis zum 24. Fe-
43 bruar in der Ukraine suchten, haben dies potenziell aus
44 Gründen getan, die aus dem Wunsch eines Lebens im Kon-
45 text unserer, europäischen Grundwerte einhergehen.

46

47 Ferner gebietet es unser europäisches Wertesystem, Men-

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt (Konsens)

48 schen jeglicher Herkunft in Zeiten unverschuldeter Not
49 ein Leben in Selbstbestimmtheit, Freiheit und Sicherheit
50 zu gewähren. Wir dürfen nicht einzelne Menschengrup-
51 pen innerhalb der notleidenden Geflüchteten benachtei-
52 ligen!